Edgar Wolfrum

Ein ungebetener Erinnerungsort?

Der 17. Juni 1953 im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich um die Mittagszeit des 17. Juni 1953 die Nachricht, dass der Ausnahmezustand über Ost-Berlin verhängt worden sei. Für die Deutschen legendär, denn Angst und Schrecken verbreitende sowjetische T-34-Panzer preschten durch die Leipziger Straße und riegelten den Potsdamer Platz ab. Die Sowjets sicherten das Regierungsviertel, in dem die SED-Funktionäre erschrocken zusammen saßen und ob des Undanks mit ihrem Volk haderten; niemand sollte hier lebend durchkommen, um die Regierung zu bedrohen. Die Sowjets erwiesen sich als Schutzmacht – allerdings allein gegenüber der SED-Führung, die man, koste es, was es wolle, retten und am Leben erhalten wollte, gegen den Willen des Volkes. Die SED-Machtelite – nicht wenige von ihnen sollten als alte Männer den Untergang ihres Staates 1989 noch erleben – erholte sich nie mehr von diesem Trauma. Bis zum Schluss steckte das »Juni-Syndrom« der Partei- und Staatsführung in den Knochen.

1953 – welch ein Menetekel, vier Jahre nach der Staatsgründung des angeblich »besseren«, weil aus der Vergangenheit die richtigen Lehren ziehenden Deutschlands, des ersten »Arbeiter-und-Bauern-Staates« auf deutschem Boden: Berliner Arbeiter stiegen auf das Brandenburger Tor, rissen die dort gehisste rote Fahne herab und ersetzten sie durch die schwarz-rot-goldene Deutschlandfahne.¹

Umgekehrt aber auch, welch aufgesetztes Pathos und publicitywirksame Sakralisierung der Ereignisse vom Westen her:² Viele Bonner Bundestagsabgeordnete versuchten mit eingesetzten amerikanischen Dakota-Sondermaschinen nach Berlin zu fliegen, um am Tatort des großen, so unerwartet und eruptiv

1 Zum 50. Jahrestag des 17. Juni erschien eine Vielzahl neuer Literatur. Am wichtigsten sind Diedrich, Torsten: *Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni in der DDR.* München 2003; Flemming, Thomas: *Kein Tag der deutschen Einheit – 17. Juni 1953.* Berlin 2003; Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: *Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat.* Bremen 2003; Knabe, Hubertus: *17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand.* München 2003; Kowalczyk, Ilko-Sascha: *17. Juni 2003 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen.* Bremen 2003; Mähler, Ulrich (Hg.): *Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit.* Bonn 2003; Steininger, Rolf: *17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR.* München 2003.

2 Dazu Wolfrum, Edgar: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990.* Darmstadt 1999; Ders.: *Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–1989).* In: *Geschichte und Gesellschaft* 24(1998)3, S. 382–411.

hereingebrochenen Geschehens zu sein. Nicht alle bekamen Plätze in den Flugzeugen; Gerd Bucorius, CDU-Bundestagsabgeordneter, hatte Glück, schaffte es und kam bald darauf triumphierend mit einem Stück eben jenes Fahmentuches nach Bonn zurück, das die Aufständischen vom Tor heruntergerissen hatten und präsentierte es seinen neidischen Kollegen wie einen Skalp. Ein britischer Beobachter kommentierte sarkastisch: »Bald werden so viele Fetzen von der heruntergeholtten Fahne gezeigt werden wie Holzsplitter vom Kreuze Christi. Wenn man sie alle zusammennähen würde, hätte man ein so großes Laken, dass man das ganze Bundeshaus darin einwickeln könnte.«³

Ungläubig rieben sich ausländische Journalisten am 17. Juni 1953 die Augen: Die obrigkeitshörigen Deutschen, der deutsche Michel mit der Schlafmütze im Aufruhr gegen eine unrechtmäßige Regierung, hier im Land, wo noch nie eine Revolution erfolgreich war, hier im Land, wo der Widerstand gegen den totalitären Nationalsozialismus sich auf kleine Gruppen beschränkt hatte? Viele konnten, manche wollten es nicht glauben. Der Chefredakteur von Associated Press, Augenzeuge in Berlin, hielt das Ganze lange Zeit für ein von den kommunistischen Machthabern inszeniertes Schauspiel, das dazu bestimmt sei, den westlichen Zuschauern zu zeigen, dass der Arbeiter in der DDR nicht nur ein Streikrecht besitze, sondern auch der Regierung die Meinung sagen dürfe. Einige hielten so energisch an ihren alten Vorurteilen fest, dass sie von einer dem Reichstagsbrand von 1933 vergleichbaren »Provokation« sprachen.⁴

Doch solcher Unsinn war rasch verfliegen, und dann dominierten Respekt und Ehrfurcht. Der 17. Juni habe die durch den Nationalsozialismus beschädigte »nationale Würde« Deutschlands wiederhergestellt, hieß es; endlich habe ein Kampf gegen Willkür und Unmenschlichkeit stattgefunden, den anderen Nationen schon lange vor den Deutschen geführt hatten. BBC London kommentierte: Mit diesem 17. Juni nehme Deutschland im Denken der anderen Völker wieder einen ehrenwerten Platz ein. »Deutschland ist in den Kreis der westlichen Völkerfamilie heimgekehrt. [...] Deutschland und der Westen sind an diesem Tage zum ersten Mal seit 150 Jahren nicht Gegner gewesen, sondern Verbündete.«⁵ Ob in England, der Schweiz, in den Benelux-Ländern oder den Vereinigten Staaten von Amerika: Überall pries man den Ausdruck demokratischer Gesinnung der Deutschen, die in dieser revolutionären Erhebung zum Ausdruck kam. Besonders die Franzosen zeigten sich mit den Freiheitskämpfern des 17. Juni 1953 solidarisch, sammelten Geld für die Witwen der Erschossenen und zogen den Hut vor den Ostdeutschen: »Die Arbeiter von Ostberlin haben Deutschland seine Würde wiedergegeben« – das war der Tenor, außerhalb der mächtigen französischen Kommunisten, versteht sich.⁶ Die philosophischen Weihen und die Überhöhung von

3 Zit. nach: »Ein Fetzen Fahmentuch«. In: Der Spiegel v. 24.6.1953.

4 Vgl. »Geduldete Proteste?«. In: Der Tagesspiegel v. 17.6.1975.

5 Abschrift des BBC-Beitrags wie auch viele weitere Stellungnahmen in ausländischen Medien; BA Koblenz, NL Jakob Kaiser, 314.

6 Vgl. z. B. »Massenkundgebung in Paris für die Sowjetzone«. In: Neue Zeitung v. 6.7.1953.

einem nationalen zu einem internationalen, weltumspannenden Akt folgten auf dem Fuß: Dichter-Philosoph Albert Camus teilte auf einer Pariser Großkundgebung von Gewerkschaften und Sozialisten mit, er sehe viele Thesen seines bekannten Werkes »Der Mensch in der Revolte« durch die ostdeutschen Ereignisse aus der Theorie in die Praxis der Aktion übersetzt.⁷ Und als der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander Anfang Juli in Stockholm den Kongress der Sozialistischen Internationale eröffnete, sprach er von einem »besseren Deutschland«, das sich in den aufständischen Menschen Ostberlins und der DDR gezeigt habe.⁸ »Die Flammenzeichen rauchen noch«, überschrieb Marion Gräfin Dönhoff ihren Leitartikel in der Zeit vom 25. Juni 1953:

»Als die Pariser am 14. Juli 1789 die Bastille stürmten, wobei sie 98 Tote zu beklagen hatten und 7 Gefangene befreiten, ahnten sie nicht, dass dieser Tag zum Symbol für die französische Revolution werden würde. Er wurde es, obgleich alle wesentlichen Ereignisse: die Erklärung der Menschenrechte, die Ausarbeitung der neuen Verfassung, die Abschaffung der Monarchie zum Teil erst Jahre später erfolgten. – Der 17. Juni 1953 wird einst und vielleicht nicht nur in die deutsche Geschichte eingehen als ein großer, ein symbolischer Tag. Er sollte bei uns jetzt schon zum Nationaltag des wiedervereinigten Deutschlands proklamiert werden. Denn an diesem 17. Juni hat sich etwas vollzogen, was wir alle für unmöglich hielten. [...] Hatten wir nicht längst resigniert vor der Macht des totalitären Apparates, gegen den jede Auflehnung zwecklos sei? Hatten nicht viele jene Jugend für verloren angesehen, die im totalen Staat Hitlers geboren und im totalen Staat der SED herangewachsen war? Und nun? Nun kam der 17. Juni. [...] Als Demonstration begann's und ist eine Revolution geworden! Die erste wirkliche deutsche Revolution, ausgetragen von Arbeitern, die sich gegen das kommunistische Arbeiterparadies empörten, die unbewaffnet, mit bloßen Händen, der Volkspolizei und der Roten Armee gegenüberstanden und die jetzt den sowjetischen Funktionären ausgeliefert sind. Straße für Straße und Haus für Haus wird jetzt durchsucht nach Provokateuren und Personen, die sich nicht dort aufhalten, wo sie gemeldet sind. [...] Es ist Blut geflossen – vielleicht sehr viel Blut. Der Ausnahmezustand wurde verhängt, und dort, wo bisher die kommunistischen Bürgermeister herrschten, regieren wieder wie 1945 die Rotarmisten. [...] Also eine Revolution, die zu nichts geführt hat?«⁹

Im Westen war man sich einig: Die Deutschen in der DDR hatten eine Revolution gemacht, wie sie unserer Geschichte bisher fremd war. Es war eine Revolution gegen den Terror und die Ausbeutung durch die kommunistischen Handlanger der sowjetischen Besatzungsmacht, es war aber auch eine Revolution für die Vereinigung Deutschlands. Drohende Panzer, Rotarmisten und Volkspolizeiabteilungen hatten das Volk nicht hindern können, zum ersten Mal, aber umso machtvoller, seinen Willen zu demonstrieren, die kommunistischen Fesseln abzuschütteln. Der Marsch der Demonstranten durch das Brandenburger Tor, wo sie mit schwarz-rot-goldenen Fahnen über die Sektorengrenze nach Westberlin

7 Ebenda.

8 »Une zone des 18 millions«. In: Le Figaro v. 6.7.1952.

9 »Die Flammenzeichen rauchen noch«. In: Die Zeit v. 25.6.1953.

zogen, symbolisierte den Wunsch nach der Wiedervereinigung. Daran gab es 1953 nicht den leisesten Zweifel.

Zwölf Jahre später, 1965, vier Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer, erschien vieles in ganz anderem Licht. Rudolf Augstein schrieb im Spiegel, der Feiertag des 17. Juni, der »Tag der deutschen Einheit« sei die Lebenslüge der Bundesrepublik:

»Wenn morgen zum elften Mal der Jahrestag des 17. Juni mehr betreten als begangen wird, so werden wir alle Schutzbehauptungen wieder hören, mit denen die Bevölkerung der Bundesrepublik ihr Nichthandeln garniert und kaschiert. Es war kein Volksaufstand, der von sowjetischen Panzern im Blut erstickt worden ist. Es war eine nicht gezielte, nicht geplante Demonstration für bessere, freiere Lebensbedingungen, die mehr erlosch, als dass sie unterdrückt worden ist.«

Augstein zog in gewohnter Manier regelrecht vom Leder: »Nein, es war kein Aufstand. Viel eher war es ein Unglück.« Es gebe hier nichts zu feiern, und es gebe hier nicht viel zu erinnern, auf das ein Deutscher stolz sein könnte.¹⁰

Hatte der streitbare Spiegel-Herausgeber etwa Recht? Auf den ersten Blick mag es von heute aus gesehen durchaus so scheinen. Denn wie wäre es sonst zu erklären, dass unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung von 1990 der Feiertag des 17. Juni abgeschafft worden ist? Wo blieben die Proteste? Gehört diese ostwestlich vereinbarte Abschaffung, gehört dieser sang- und klanglose Untergang eines Symbols nicht zu den seltsamsten Begleiterscheinungen der Wiedervereinigung? Warum drückte man ausgerechnet zur Vollendung der Wiedervereinigung ihren Ehrentag weg? Was war während der vorangegangenen 37 Jahre mit dem Erinnerungsort 17. Juni 1953 geschehen?

Kurz gesagt: Jeder hatte sich sein eigenes Bild des 17. Juni modelliert. Der 17. Juni geriet von Beginn an in die Fänge gruppen- und parteipolitischer Vereinnahmungen, die sich wiederum im Zeitverlauf infolge internationaler Rahmenbedingungen, generationeller Umbrüche und eines Wertewandels grundlegend veränderten. So schwankte, um mit Friedrich Schiller zu sprechen, sein Charakterbild in der Geschichte – und die Geschichte erfuhr eine hochgradige Politisierung.

Mit einem gehörigen Schuss Sarkasmus könnte man sagen: Zum Glück für die Bundesrepublik ereignete sich der 17. Juni 1953. Denn seit der Republikgründung 1949 gab es eine breite, ziemlich glücklose Debatte darüber, wie sich das neue Gemeinwesen begreifen sollte, welches seine Symbole sein sollten, wie es seinen Ort in der Geschichte finden sollte. Der Nationalsozialismus und die deutsche Teilung waren turmhohe Hindernisse, sich selbst zu begreifen.¹¹ Nach den Aufständen in der DDR einigte man sich im Bonner Parlament innerhalb weniger

10 Der Spiegel v. 24.6.1965, Beiheft zum 17. Juni, S. 2–12, hier 12.

11 Siehe dazu Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. München, Wien 1995; Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen 2002, S. 104–116.

Tage auf ein Gesetz, das den 17. Juni zum »Tag der deutschen Einheit« erhob – als Symbol der deutschen Einheit in Freiheit, wie es in der Präambel hieß. Damit war das so lange gesuchte Symbol gefunden.

Vorausgegangen war jedoch eine überaus hitzige und polemische Bundestagsdebatte, die für die Zukunft nichts Gutes verhieß, weil sich die politischen Akteure um den grundsätzlichen Charakter des Aufstandes in den Haaren lagen.¹² Das ungeheure Ereignis wurde sogleich, in einer Art Sinnstiftung des Augenblicks, in das Koordinatensystem des jeweiligen Geschichtsverständnisses eingepasst und im tagespolitischen Machtkampf instrumentalisiert. Die Initiative zum Feiertag ging nicht zufällig von der oppositionellen Sozialdemokratie aus: Neben der historischen Aneignung bedeutete für sie der 17. Juni eine politische Waffe im Tageskampf gegen die Politik der Westintegration Adenauers: Sie deutete den 17. Juni als Aufstand der Arbeiterklasse, des Motors der Geschichte. Die Erhebung wurde als neuerlicher Beweis genommen für die nationale Zuverlässigkeit der Arbeiterschaft und als schlagkräftiges Argument gegen den traumatisch wirkenden Anwurf der »vaterlandslosen Gesellen«, der wiederum, wie 1918, widerlegt worden sei. In den fünfziger Jahren verschiebte sich die SPD einer Politik der nationalen Wiedervereinigung, sie sah – in Umkehrung des Bismarck-Wortes – die Bundesrepublik als nicht saturiert an. Die Ablehnung der Westverträge entsprang diesem unbedingten Primat der Einheit der Nation, und den 17. Juni wertete man als Beweis, dass die Arbeiter die wahren Interessen der Nation vertreten.

Dasselbe Vokabular, das zwanzig Jahre später, ab 1969, vonseiten der Christdemokraten der sozialliberalen Neuen Ostpolitik entgegengeschleudert wurde – Erfüllungspolitik, Verzichtspolitik, Verrat nationaler Interessen – schleuderten die Sozialdemokraten in den fünfziger Jahren Adenauer und der Union entgegen. Damals war es zu einem signifikanten Rollenwechsel gekommen: Die nationale Parole erscholl nicht, wie traditionell, von rechts, sondern von links.¹³ Adenauers supranationale Westpolitik prangerten Schumacher und Ollenhauer, Brandt und Wehner als Ausverkauf der deutschen Nation an. Mit der Neuen Ostpolitik seit den siebziger Jahren übernahm dann die Union wieder den nationalen Part mit denselben Irrungen und Wirrungen wie die Sozialdemokratie in der Frühphase der Bundesrepublik.

Konrad Adenauer und die Mehrheit im Bundeskabinett sahen im 17. Juni vor allem außenpolitische Gesichtspunkte. Der eruptiv zum Ausbruch gelangende Antikommunismus und die Abscheu vor der Sowjetunion, die das deutsche Freiheitsstreben blutig unterdrückte, konnte für seine Politik der Westintegration dienstbar gemacht werden, und Adenauer nutzte den 17. Juni zur ideologischen Abgrenzung und zur Stärkung der Verbundenheit mit dem Westen. Diese Westbindung bedeutete für ihn das Ende des verhängnisvollen deutschen Sonderwegs,

12 Vgl. Wolfrum: *Geschichtspolitik* (Anm. 2), S. 85–107.

13 Siehe Winkler, Heinrich August: *Kurt Schumacher und die nationale Frage*. In: Ders.: *Streitfragen der deutschen Geschichte*. München 1997, S. 93–106.

während sich die zerstrittenen Liberalen zu »Reichstreuekundgebungen« an der Zonengrenze einfanden und den Aufstand in der DDR als eine neue Paulskirchen-Situation in Analogie zu 1848 ausdeuteten.¹⁴

Bis in die Mitte der sechziger Jahre stand auf der politisch-moralischen Agenda der Bundesrepublik die Erneuerung und Rehabilitierung nationaler Werte, um der Gefahr von diagnostiziertem Traditionsverlust und dem Schwinden überzeitlicher Orientierungswerte entgegenzutreten. Der Aufstand des 17. Juni erlaubte es, von der Nation zu reden, ohne vom Nationalsozialismus sprechen zu müssen. Das überparteiliche Kuratorium Unteilbares Deutschland¹⁵ wurde von Jakob Kaiser, Adenauers innerparteilichem Gegner, gegründet, es beteiligten sich vor allem Sozialdemokraten und Liberale daran, Adenauer selbst hielt sich vom Kuratorium auffallend fern.

Das Kuratorium Unteilbares Deutschland organisierte den 17. Juni gleichsam als »Reichsfeiertag«: Ganzjährige plebiszitäre Aktionen sollten eine Verfestigung der Bundesrepublik verhindern, ihren Charakter als Provisorium betonen und den Gedanken an den Tag X der Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 am Leben erhalten. Man organisierte Feste und Feiern am Hermannsdenkmal, in Falersleben, vor dem Reichstag und an anderen nationalen Erinnerungsorten, rief die Jugend zu Stafettenläufen von Helgoland bis an die Zugspitze, vom Saarland – das 1957 im Zuge der »kleinen Wiedervereinigung« zur Bundesrepublik gekommen war – bis zur Zonengrenze auf, errichtete in hunderten von Städten Denkmäler zur Wiedervereinigung und brannte an der Grenze zur DDR hunderte von Mahnfeuern ab, verkaufte Anstecknadeln, druckte Broschüren und sammelte in den Schulen Wiedervereinigungspfennige. 1964 verlieh der Historiker Theodor Schieder dem 17. Juni das Prädikat, ein »säkulares Datum« zu sein, nämlich »der Tag unserer geschichtlichen Rehabilitation als Nation«.¹⁶

Die Totalitarismus-Theorie bewirkte seit dem Ende der fünfziger Jahre eine Parallelisierung des 17. Juni 1953 und des 20. Juli 1944, und zusammen ergab dies den Beweis für die antitotalitäre und freiheitsliebende Gesinnung aller Schichten der Deutschen, hier die Bewegung aus der Mitte des Volkes, dort das Attentat aristokratischer und bürgerlicher Eliten. Es besteht kein Zweifel: Der 17. Juni hellte das nach dem Krieg überaus dunkle Image der Deutschen in der Welt auf, und davon profitierten jene am meisten, die am Aufstand gar nicht beteiligt, sondern nur Zuschauer waren – die Westdeutschen.

Bereits am Ende der fünfziger Jahre konnte man den Eindruck gewinnen, als werde der 17. Juni zur Siegesfeier der Bundesrepublik umfunktioniert, er wurde »siegeswestdeutsch« eingefärbt. Den Feiertag im Geiste der Rechthaberei aufzuziehen, laufe darauf hinaus, so damalige Kritiker, dass kein Nationalfeiertag aller

14 Vgl. Wolfrum: Geschichtspolitik (Anm. 2), S. 93–99.

15 Kreuz, Leo: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau, Programmatik, Wirkung. Opladen 1980.

16 Theodor Schieders Rede beim Staatsakt zum 17. Juni in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 96 v. 20.6.1964, S. 898.

Deutschen entstehe, sondern ein bundesrepublikanischer Staatsfeiertag. Bald geriet die »Würde« des Tages in Gefahr, die anfängliche millionenfache Beteiligung bröckelte rapide, kaum mehr jemand nahm an den Veranstaltungen teil. Das Signum »Einheit in Freiheit« degenerierte zu »Einheit in Freizeit«, der Tag der deutschen Einheit verkam zur Fahrt ins Grüne, zum Badespaß an einem warmen Frühsommertag, der freie Tag geriet zum inhaltsleeren »sozialen Besitzstand«, den Gewerkschaftsfunktionäre verbissen verteidigten.

Nach dem Mauerbau von 1961 war das Dilemma für alle unübersehbar: Die Politik verkam zur Demonstration, der gesamtdeutsche Jargon ermüdete die Bundesbürger. Die immergleichen Phrasen, Beschwörungen, Bekenntnisse und vagen Verheißungen interessierten nur noch wenige. Sah die Wirklichkeit denn nicht ganz anders aus? Zum Hauptproblem für die politische Klasse wurde, wie der Tag der Einheit mit Anstand zu bewältigen sei, während die Bundesdeutschen mittlerweile ihre Republik, die sie errichtet und groß gemacht hatten, immer stärker nicht mehr als Provisorium betrachteten, sondern in ihr einen definitiven Staat sahen, der ihnen Sicherheit, Wohlstand und politische Teilhabe in einem Ausmaß gewährte wie noch nie zuvor ein Gemeinwesen in der deutschen Geschichte. Mit der Konsum- und Freizeitgesellschaft wuchs auch die Demokratiezufriedenheit. Man lebte in der Bundesrepublik offenbar in der besten aller vorstellbaren Welten. Warum sollte daran etwas revidiert werden? Und die DDR, aus der nach dem Mauerbau nicht einmal mehr Flüchtlinge kommen konnten, war im Bewusstsein der Bundesbürger ein fernes Land.

In der Bundesrepublik schuf die Große Koalition seit 1966 neue Traditionen und reagierte damit sowohl auf den generationsbedingten Meinungswandel wie auf die Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen. Bereits vor dem Machtwechsel im Dezember 1969 wurde am 17. Juni keine Gedenkfeier veranstaltet, sondern von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger der »Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland« erstattet. Nach 20 Jahren, so die parteiübergreifende Meinung, konnte die Überwindung der Teilung nicht mehr nur aus dem Rückblick auf die erfolgte Zerspaltung und aus dem historischen Anspruch ihre Forderung begründen, sondern musste ein facettenreiches Bild der Zukunft im Blick haben. 1968 dachte man sogar daran, den Feiertag abzuschaffen, eine Kabinettsvorlage lag bereits auf dem Tisch. Mit dem Machtwechsel und der beginnenden Neuen Ostpolitik war sie Makulatur, denn nun konnte die Union den Sozialliberalen, die den 17. Juni gerne durch einen Staatsfeiertag der Bundesrepublik am 23. Mai ersetzt hätten, das Stigma der nationalen Unzuverlässigkeit anheften.

Das Koordinatensystem der Erinnerung in der Bundesrepublik wandelte sich mit der Neuen Ostpolitik grundlegend.¹⁷ Nun wurde beharrlich an die Wurzel des deutschen Unheils erinnert, das bei Hitler lag – oder noch früher in den Struktur-

17 Siehe Bender, Peter: Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung. 3., überarb. u. erw. Aufl., München 1995.

problemen des Deutschen Kaiserreichs – und nicht erst 1945 begann. Veränderungen im politischen und sozialen Raum und schließlich generationelle Umbrüche führten zu einer Formverwandlung historischen Denkens und verhalfen der Sonderwegstheorie und allgemein neuen Trends zur Struktur-, Sozial- und Gesellschaftsgeschichte zum Durchbruch. Ralf Dahrendorfs Diktum: »Die deutsche Frage ist die Frage nach den Hemmnissen der liberalen Demokratie« wurde zum Programm.¹⁸ Eine neue Generation von Sonderwegshistorikern vertrat eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft und wollte auch politisch wirken.

Diese Generation verband eine dezidierte Westorientierung mit einer Kritik an den restaurativen Zügen der bundesdeutschen Gesellschaft und ließ dennoch Raum für eine positive Identifikation mit dem neuen Gemeinwesen. Der Blick auf nationale Geschichte schwächte sich nicht ab, im Gegenteil, sie wurde jetzt aber als eine nationale Fallgeschichte eines verhängnisvollen Sonderwegs beschrieben, auf dem atavistische Eliten dominierten, Deutschland von einer exzeptionellen Aggressivität gekennzeichnet war und die Ungleichzeitigkeit von wirtschaftlicher und politischer Modernisierung eines der Grundübel darstellte. Die Pointe war, dass dieser nationale Sonderweg 1945 an sein Ende gelangt sei – in der Bundesrepublik jedenfalls, wobei es verblüfft, wie unbefangene bundesdeutsche Geschichte mit deutscher Geschichte gleichgesetzt wurde. Die Sonderwegstheorie war so gesehen auch die Erzählung einer großen Läuterung. Die Spaltung der Nation andererseits galt vielen als die unaufhebbare Logik der Geschichte. Im Interpretament vom deutschen Sonderweg dokumentierte sich der Wandel gesellschaftlicher und politischer Orientierungsmuster, eine Abkehr von nationalkulturellen Traditionen und eine Hinwendung zu verfassungspolitischen Konzepten. Diese Transformation der bundesdeutschen Erinnerungskultur ist in sich selbst Bestandteil des umfassenden Westernisierungsprozesses.¹⁹

Der 17. Juni mutierte nach dem Grundlagenvertrag mit der DDR aus dem Jahr 1972 von der vormaligen Anklage des SED-Staates zur kollektiven Selbstbefragung der Bundesdeutschen, oder er wurde als Tag der Mahnung zur nationalen Verantwortung beider deutscher Staaten gesehen. An der Zweistaatlichkeit wurde nicht gerüttelt. War der 17. Juni wiedervereinigungspolitisch offenbar eine Niederlage, so sollte aus ihm gerade im Umkehrschluss ein an universellen Werten ausgerichtetes kollektives Gedächtnis der Bundesrepublik geschöpft werden. Vor der Niederlage von 1953 leuchtete die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik als »Modell Deutschland« umso verpflichtender. Das blieb auch in den achtziger Jahren so, wenngleich der Tag der deutschen Einheit eine gewisse neue Konjunktur erfuhr: Die Regierung Kohl/Genscher lud ihn deklamatorisch auf, aber er ver-

¹⁸ Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 114.

¹⁹ Vgl. Welskopp, Thomas: Identität ex negativo. Der »deutsche Sonderweg« als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre. In: Jarausch, Konrad H.; Sabrow, Martin (Hg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945. Göttingen 2002, S. 109–139; Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999.

schwand bis zur unverhofften Einheit weitgehend aus der Öffentlichkeit, weil die Bundesrepublik zu einem eigenen »nationalen« Bewusstsein, zu einer Art von Selbstanerkennung gelangt war.

Mit Blick auf den von ihm eingefädelteten Milliardenkredit an die DDR von 1983 formulierte Franz Josef Strauß in seinen Erinnerungen: Ich ließ

»mich auch von den Erfahrungen der jüngsten Geschichte leiten. 1953, 1956, 1968, 1980/81, ob in der DDR, in Ungarn, in der Tschechoslowakei oder zuletzt in Polen – niemals, wenn es zu Aufständen in einem der Ostblockstaaten kam, hat der Westen eingegriffen. Wegen der damit verbundenen Gefahr lebensgefährlicher, kriegerischer Verwicklungen konnten und können Volkserhebungen in den Staaten des Warschauer Paktes nicht unterstützt werden. Es hat deshalb keinen Sinn, die Notsituation dort so zu verschärfen, dass die Belastungen für die Menschen unerträglich werden und es zu einer Explosion kommt. Während der Westen auf den Bänken gesicherten Wohlstands sich auf die Zuschauerrolle beschränkt, gibt es drüben Tote, Verwundete, massive Strafen und Verfolgungen. Ich jedenfalls konnte und kann aufgrund meiner von christlichem Gewissen geprägten Grundhaltung eine solche Politik nicht hinnehmen oder gar fördern.«²⁰

Wie unter einem Brennglas bündelte sich in der jeweiligen Aneignung des 17. Juni der Stand und die Zukunft der deutschen Frage: Zwischen 1953 und 1990 oszillierten die Deutungen in der Bundesrepublik zwischen weit auseinander liegenden Polen: Wurde er anfangs vor allem als ein Aufstand für die Wiedervereinigung interpretiert und als Reichsfeiertag mit der Verpflichtung, Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen, begangen sowie als Sturm auf die Bastille kommunistischer Zwangsherrschaft gedeutet und mit dem 20. Juli 1944 als Aufstand gegen den Totalitarismus parallelisiert, so wandelte sich sein Bild später hin zu einer gescheiterten oder stecken gebliebenen Revolution, so wie die Revolutionen von 1848 oder von 1918 – eine typisch deutsche Revolution eben, wie gesagt wurde. Oder der 17. Juni wurde gar verkleinert zu einer bloßen Auflehnung gegen soziale Zumutungen.

Aber es trifft auch zu: Niemals hat die westdeutsche Gesellschaft in derartigem Maße die kollektive Auflehnung, den Massenprotest geliebt, wie im Gedenken an den 17. Juni. Denn diese Massen blieben jenseits der eigenen Plätze. Fast alle Menschen in der Bundesrepublik fanden den Feiertag wichtig, aber wenn nachgefragt wurde, wofür er stand, wusste bald nicht einmal mehr ein Viertel der Westdeutschen eine halbwegs zutreffende Antwort. Kann das verwundern? Schmückten ihn die einen zum Symbol der gescheiterten Deutschlandpolitik Adenauers aus, so entdeckten ihn die anderen als Achillesferse der Ostpolitik Brandt/Scheels. War für die einen die Wiedervereinigungsrhetorik der fünfziger Jahre die Lebenslüge der Bundesrepublik, so für die anderen die These von der »postnationalen Demokratie«. Ein Ruhmesblatt war die Geschichte des Umgangs mit dem 17. Juni 1953 für niemanden.

Die Teilung wurde nicht nur von Linksliberalen, sondern weit in das konservative Spektrum hinein als nicht mehr revidierbares Endresultat deutscher Schuld betrachtet. – Auschwitz, so Günter Grass, verbiete einen neuen deutschen Nationalstaat. Karl Jaspers hatte Ähnliches bereits zu Beginn der sechziger Jahre geäußert.²¹ – Die Geschichte war offenbar an ein Ende gelangt, Hegel ließ grüßen, und viele garnierten diese These vom Ende zumindest der deutschen Geschichte noch mit solch eben erwähnten geschichtsmoralischen Argumenten, ohne zu überlegen, wem denn die Kosten für die deutsche Teilung aufgeladen wurden. Den in einer Art Superschweiz lebenden Westdeutschen jedenfalls nicht. Die meisten verinnerlichteten die deutsche Teilung, und der 17. Juni entwickelte sich im Westen zu einem Tag der Irrtümer.

Im Osten kam es erst 1989 zu einer Enttabuisierung des 17. Juni, das Verdikt eines »konterrevolutionären Putsches« verwies man endgültig in das Reich der SED-Legenden, und seither ist der Aufstand zu einem wichtigen Bezugspunkt für die Bürgerbewegung geworden. Es verbanden sich nun schnell ein Revolutions- und ein Nationsmythos miteinander zu einer neuen Großerzählung, wonach der 17. Juni Vorbote der Wiedervereinigungsrevolution von 1989 gewesen sei. Wurde nicht – so meinte der Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe, 1990 im Reichstag – 1989 friedlich vollendet, was 1953 einen revolutionären Anfang genommen hatte, aber mit Waffengewalt blutig unterdrückt worden war? Er erntete dafür viel Beifall, auch von Joachim Gauck und überhaupt von denjenigen, die während der DDR in Opposition verharren oder im Widerstand wirkten.²²

War das Jahr 1953 der Beginn eines historischen Emanzipationsprozesses der DDR-Gesellschaft, der unweigerlich in den 9. November 1989 münden musste? Zeichnete sich bereits 1953 der Untergang auf Raten der DDR ab, war seit 1953 klar, dass irgendwann der »Tag X« der Wiedervereinigung kommen werde?²³ Oder ist dies nur eine nachträgliche, aber historisch unzulässige Deutung? Geschichte verläuft nicht in der Art einer Einbahnstraße, und die Verbindungslinie zwischen 1953 und 1989 ist zwar suggestiv, hält aber einer historischen Prüfung nicht stand. Strukturen und Rahmenbedingungen hatten sich grundlegend geändert. 1918 war ja auch nicht die Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848.

21 Vgl. Wolfrum: Geschichtspolitik (Anm. 2), S. 226–231.

22 Rede des Konsistorialpräsidenten der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Manfred Stolpe, in der gemeinsam von Bundestag und Volkskammer veranstalteten Feier zum 17. Juni im Berliner Reichstag 1990; vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 78 v. 20.6.1990, S. 669 ff.; siehe auch die Stellungnahme von Gauck, Joachim: »Eine Niederlage vorerst. Was am 17. Juni 1953 begann, haben Joachim Gauck und seine Mitkämpfer 1989 vollendet«. In: Zeitmagazin v. 2.7.1998.

23 So – nachdem Armin Mitter und Stefan Wölle dies bereits 1993 in ihrem Buch »Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte«, S. 27–162, betont hatten – neuerdings auch Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR. München 2003.

Aber andererseits: Warum so viel Scheu vor Symbolen? Bereits Alexis de Tocqueville wusste, dass demokratische Völker der symbolischen Formen mehr als andere bedürfen und sie gewöhnlich weniger achten. Ein Defizit an symbolisch vermittelter Identifikation erscheint gefährlich – das Vakuum füllen dann Schamanen, Demagogen, Heilspropheten jeglicher Couleur. Was passierte eigentlich am 14. Juli 1789 beim Sturm auf die Pariser Bastille? Nicht aufregend viel im Vergleich zu den nachfolgenden Jahren, wie wir heute wissen, und doch gilt das Ereignis als Fanal der Französischen Revolution.

Kann man eine Niederlage des Freiheitswillens feiern? Musste man, weil man es nicht zu können glaubte, den 17. Juni als Feiertag abschaffen? Musste man ihn zum nationalen Gedenktag, zum Tag der Trauer und der Mahnung degradieren und ihn dem 3. Oktober als Tag der Freude und der Zuversicht opfern? Hat nicht 1953 die ostdeutsche Bevölkerung die Bastille von der Größe eines Landes zu erstürmen versucht? Kam in der Abschaffung nicht auch das schlechte Gewissen der Bundesrepublik gegenüber einem Datum zum Ausdruck, das man jahrzehntelang auf Gutdünken interpretierte, um den jeweiligen politischen Gegner zu schwächen? Zehn ehemalige Streikführer des 17. Juni 1953 erhielten 1993 das Bundesverdienstkreuz, eine wichtige Ehrung. Wer kennt ihre Namen, wer die Namen der Opfer des 17. Juni? Endlich ist dieses Ereignis nicht mehr exterritorial angesiedelt, sondern es hat inmitten der geeinten deutschen Nation stattgefunden und gehört zu einer der wichtigsten Erfahrungen der Deutschen. Warum sollte dies nicht – trotz aller Problematik – auch ein zuversichtlicher, ja fröhlicher Erinnerungsort sein? Die Franzosen genießen sich nicht, wenn sie ihren 14. Juli mit einer gewissen Leichtigkeit feiern.

Der 17. Juni 1953 ist einer der wenigen politischen demokratischen Massenaufstände in der deutschen Geschichte. Andere Aufstände, der 18. März 1848 oder der 9. November 1918, haben niemals den Platz im öffentlichen Gedächtnis gefunden, und wenn wir mit massenhaften Manifestationen zu tun hatten, dann mit katastrophalen, wie dem 30. Januar 1933 oder dem 9. November 1938. Außerdem ist zu bedenken, dass 1953 nicht allein für die DDR, sondern auch für weite Teile Ostmitteleuropas ein Krisenjahr war. Es war die erste Krise des Ostblocks und vielleicht die ernsteste in der gesamten Zeit seiner Existenz überhaupt. Der Juni-Aufstand, so viel ist heute sicher, gefährdete das sowjetische Herrschaftssystem in Osteuropa, der 17. Juni 1953 war der erste Massenkonflikt mit dem kommunistischen Regime und bedrohte seine Legitimität von Grund auf.²⁴ Weitere Aufstände folgten: 1956 in Ungarn und Polen, 1968 der »Prager Frühling«, 1970, 1976, 1980/81 in Polen, dann 1989 das Ende der Diktaturen.

Der 17. Juni 1953 ist somit nicht nur ein deutsches, er ist ein europäisches Datum. Die Auseinandersetzung mit dem Zeitalter der Diktaturen, mit deren Überwindung und mit der Aufrichtung von Zivilgesellschaften und Demokratien ist

²⁴ Vgl. Kleßmann, Christoph; Stöver, Bernd (Hg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa. Köln, Weimar, Wien 1999.

eine gemeinsame europäische Erfahrung. Die Erfahrung, Diktaturen überwunden zu haben – dies einigt Europa und die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Es hat nichts mit deutschem Weltbeglückungseifer zu tun; das wäre vermessen, unangebracht und falsch. Aber die Deutschen in der DDR waren die ersten in Osteuropa, die massenhaft gegen die kommunistische Despotie aufgestanden sind: Ein Vermächtnis für das demokratische Europa von heute; angesichts des Misserfolgs ein Tag der Trauer und des Schmerzes; vor allem jedoch ein Tag des Stolzes auf ein bürgerrechtliches, zivilgesellschaftliches Engagement, das auf gemeineuropäischen Normen fußt: auf Freiheit und auf Recht und auf Einigkeit. – Man könnte auch schlicht sagen, ein Engagement, das auf dem Bewusstsein beruht, dass Bürgerinnen und Bürger sich ihre Regierung leisten.